



**COUNCIL OF
THE EUROPEAN UNION**

Brussels, 3 July 2014

11531/14

**Interinstitutional File:
2014/0124 (COD)**

**SOC 552
JAI 587
MIGR 108
ECOFIN 720
COMPET 436
CODEC 1561
INST 313
PARLNAT 194**

COVER NOTE

from: The Austrian National Council
date of receipt : 2 July 2014
to: President of the Council of the European Union

Subject: Proposal for a Decision of the European Parliament and of the Council on establishing a European Platform to enhance cooperation in the prevention and deterrence of undeclared work
[doc. 9008/14 SOC 297 JAI 236 MIGR 50 ECOFIN 398 COMPET 243 CODEC 1120- COM(2014) 221 final]
- *Opinion on the application of the Principles of Subsidiarity and Proportionality*¹

Delegations will find attached the above mentioned opinion.

¹ For available translations of this opinion see the interparliamentary EU information exchange site (IPEX) at the following address: <http://www.ipex.eu/IPEXL-WEB/search.do>



REPUBLIK ÖSTERREICH
Nationalrat
Der Zweite Präsident

Karlheinz Kopf

Wien, 02. Juli 2014

GZ. 13026.0036/11-L1.3/2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union des Hauptausschusses des Nationalrates hat in seiner Sitzung am 1. Juli 2014 im Zuge der Beratungen über die EU-Vorlage

COM(2014) 221 final

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit

beiliegende **Mitteilung gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG** beschlossen.

Hievon beehre ich mich, Mitteilung zu machen und verbleibe mit freundlichen Grüßen



(Karlheinz Kopf)

Beilage

An die
Präsidentin des
Rates der Europäischen Union
Frau Federica MOGHERINI

MITTEILUNG
an das Europäische Parlament und den Rat
gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG
des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union
des Hauptausschusses des Nationalrates
vom 1. Juli 2014

COM(2014) 221 final

**Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die
Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der
Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit**

Der Nationalrat begrüßt den Vorschlag, eine Europäische Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit einzurichten. Nicht angemeldete Erwerbstätigkeit verursacht beträchtliche Schäden für die europäische Wirtschaft, für die Sozialsysteme und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie untergräbt den Wettbewerb zwischen Unternehmen, sie gefährdet die Nachhaltigkeit von öffentlichen Finanzen und Systemen der sozialen Sicherheit und sie drückt die Arbeits-, Gesundheits-, Sicherheits- und Sozialschutzstandards der Beschäftigten.

Die Bemühungen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping dürfen außerdem nicht unterlaufen werden. Der Nationalrat und der Bundesrat haben daher den Vorschlag zur Einführung von Gesellschaften mit einem einzigen Gesellschafter (Societas Unius Personae – SUP) zurückgewiesen.

Der Nationalrat fordert daher den EU-Gesetzgeber auf:

- Die Teilnahme an der Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit für alle Mitgliedstaaten verbindlich zu machen.
- Die Liste der Aktivitäten in Artikel 4 offen zu gestalten, um zB auch Aktivitäten im Zusammenhang mit der Entsenderichtlinie darunter subsumieren zu können.
- Scheinselbständigkeit in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu bekämpfen.
- Initiativen für eine Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit und Strafen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping zwischen den Mitgliedstaaten zu erarbeiten und entsprechende bilaterale Initiativen zu unterstützen.
- Den aktuellen Richtlinienvorschlag über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter zurückzuweisen oder zumindest grundlegend zu überarbeiten.